

FDP

Liberales
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neuengasse 20
Postfach
CH-3001 Bern

+41 (0)31 320 35 35
www.fdp.ch
info@fdp.ch
/fdp.dieliberalen
@FDP_Liberalen

Sessionsbericht – Herbstsession

Rapport de session – Session d'automne

11. September bis 29. September 2017

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

Zukunft auch weiterhin in der Hand der FDP

Die Bundesratswahlen waren ohne Zweifel das dominierende Geschäft der Herbstsession. Die FDP-Liberale Fraktion freut sich, dass, mit der Wahl von Ignazio Cassis in den Bundesrat und seiner Übernahme der Zügel im EDA, er ein für die Zukunft der Schweiz zentrales Departement übernimmt. Die Aussenpolitik ist und bleibt ein zentrales Dossier für den Wohlstand unseres Landes. Ignazio Cassis wird die Aufgabe haben, den bilateralen Weg zu stärken und weiterzuentwickeln. Die bilateralen Verträge sind zentral für die Wirtschaft und den Wohlstand unseres Landes.

Des Weiteren ist die FDP erfreut, dass mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann weiterhin ein erfolgreicher Unternehmer an der Spitze des WBF steht, um die Wirtschaft der Schweiz zu stärken und damit die Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern. Die bilateralen Aussenhandelsbeziehungen der Schweiz stärkte Bundesrat Johann Schneider-Ammann 2016 mit dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit China. Im Rahmen der Frankenkrise hat er sich stark gegen die Deindustrialisierung der Schweiz eingesetzt. Mit der Rettung von „Horizon2020“ hat er die Poleposition der Schweiz in der internationalen Forschungsgemeinschaft gesichert. Er kämpft für bessere Rahmenbedingungen in der Bildung, damit die Herausforderungen der Digitalisierung gemeistert werden können, und er setzt sich dafür ein, dass die Politik liberale Rahmenbedingungen garantiert.

Das neue FDP-Team im Bundesrat wird sich mit voller Kraft dafür einsetzen, dass unser Land auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleibt – **aus Liebe zur Schweiz!**

1. Nationalrat will ein schlankes FIDLEG/FINIG

Die EU beschloss im Nachgang zur Finanzkrise, den Anlegerschutz zu stärken. Die Schweiz möchte nun erreichen, dass die EU ihre Regeln als gleichwertig anerkennt - eine Voraussetzung für den Marktzugang. Die Gesetzesprojekte stiessen zu Beginn auf heftige Kritik. In der Folge brachten zunächst der Bundesrat und dann die Parlamentskommissionen Korrekturen an. Ferner haben die Räte die Versicherungen vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen. Mit dem FINIG werden neu auch die unabhängigen Vermögensverwalter einer Aufsicht unterstellt. Diese obliegt aber nach dem Willen der Räte keiner staatlichen Behörde, sondern Organisationen, die von der Finanzmarktaufsicht (FINMA) bewilligt und beaufsichtigt werden.

In den Details folgte der Nationalrat beim Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und dem Finanzinstitutsgesetz (FINIG) nun mehrheitlich seiner vorberatenden Kommission. Das FIDLEG regelt, wie Kundinnen und Kunden über Finanzinstrumente informiert werden müssen.

Basisinformationsblätter sollen ihnen ermöglichen, die Produkte zu vergleichen und einen fundierten Anlageentscheid zu treffen. Ein Prospekt soll nur dann erforderlich sein, wenn sich das öffentliche Angebot an mehr als 500 Anleger richtet oder 2,5 Millionen Franken in einem Jahr übersteigt. Beim Basisinformationsblatt beschloss der Nationalrat eine Ausnahme für Vermögensverwalter. Zudem sollen die Finanzdienstleister den Kunden das Basisinformationsblatt nur dann vor Vertragsabschluss zur Verfügung stellen müssen, wenn sie ein Finanzinstrument persönlich empfehlen. Die Finanzdienstleister müssen zwischen Privatkunden sowie professionellen und institutionellen Kunden unterscheiden. Vermögende Privatkunden können jedoch mit einem Opting-out erklären, dass sie als professionelle Kunden gelten wollen und somit weniger Schutz geniessen. Auf die Linie des Bundesrats zurückgekehrt ist der Nationalrat bei der Aus- und Weiterbildung von Kundenberatern. Die Finanzdienstleister sollen Mindeststandards bestimmen. Kundenberater müssen sich künftig in ein Register eintragen, allerdings nicht jene ausländischer Finanzdienstleister.

Die Gesetze gehen nun zurück an den Ständerat.

2. Nationalrat sagt Ja zum AIA mit neuen Partnerstaaten – unter Vorbehalt

Der Bundesrat will den automatischen Informationsaustausch (AIA) über Finanzkonten mit 41 weiteren Staaten und Territorien einführen, darunter China, Russland und den Cayman-Inseln. Die Umsetzung ist für 2018 geplant, die ersten Daten sollen 2019 ausgetauscht werden. Der AIA würde für jeden einzelnen Staat durch einen Bundesbeschluss aktiviert. Weil Zweifel bestehen, ob alle Staaten die Anforderungen an die Vertraulichkeit und Datensicherheit erfüllen, will der Bundesrat vor dem ersten Datenaustausch einen Lagebericht erstellen und dabei prüfen, ob die Staaten diese tatsächlich erfüllen.

Aus prinzipiellen Gründen stellte sich die SVP gegen jeden einzelnen Beschluss mit den 41 Ländern, kämpfte aber weitgehend auf verlorenem Posten. Der Nationalrat hiess 39 Beschlüsse mit unterschiedlichen Mehrheiten gut. Mit 95 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen lehnte er jenen mit Saudi-Arabien jedoch ab. Im Falle Neuseelands folgte der Rat der Kommission, den Bundesbeschluss an den Bundesrat zurückzuweisen. Zuerst müsse die Schweiz ein Sozialabkommen aushandeln, befand die Mehrheit. Die FDP hatte sich gegen die Rückweisung gestellt, da ein Sozialversicherungsthema nicht mit dem AIA vermischt werden sollte.

Die FDP hat zudem alle Abkommen mehrheitlich unterstützt. Der internationale Mindeststandard muss umgesetzt werden, damit dem Schweizer Wirtschafts- und Finanzplatz keine Nachteile drohen. Die FDP begrüsst, dass ein klarer Prüfmechanismus für den Datenaustausch vorliegt. Dank dieser Kriterien muss der Bundesrat vor dem Austausch der gesammelten Daten mit einer „Checkliste“ streng prüfen, ob im Partnerstaat die geforderten rechtlichen Grundlagen gegeben und die rechtsstaatlichen Verhältnisse ausreichend sind. Der individuelle Rechtsschutz ist ebenfalls gesichert: Personen, die aufgrund von Datenlieferungen in einen AIA-Partnerstaat ernsthafte persönliche Nachteile befürchten, können auf dem Rechtsweg verlangen, dass ihre Daten nicht übermittelt werden.

3. Ständerat gegen gefährliches Vollgeld-Experiment

Der Ständerat befasste sich mit der Volksinitiative "für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!". Diese wurde klar abgelehnt. SP-Vertreter wollten die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag für einen indirekten Gegenvorschlag, unterlagen aber mit 29 zu 11 Stimmen. Sie wollen systemrelevanten Banken eine Eigenkapitalquote von zehn Prozent vorschreiben.

Für die FDP-Liberale Fraktion ist klar, dass die Vollgeldinitiative den Wirtschaftsstandort Schweiz akut gefährdet und somit seine Zukunft in Frage stellt. Sie gefährdet weiter die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB): Diese würde in eine neue, planwirtschaftliche Rolle gezwungen (die sogenannte «Monetative»). Die Einführung des Experiments Vollgeldsystem schafft die unternehmerische Freiheit ab und verunmöglicht das Universalbankensystem, was mit grossen Risiken verbunden ist: Die heutigen Universalbanken verfügen über enorme Bilanzen mit Kunden auf der ganzen Welt.

Im Rahmen der «Too-Big-To Fail» Vorlage hat die Politik bereits 2011 die Lehren aus der Finanzkrise gezogen. Mit einer Reihe von Massnahmen wurde die Sicherheit des Finanzplatzes gestärkt. Im Unterschied zur Initiative stehen die bestehenden Massnahmen aber weder im Widerspruch mit internationalen Standards, noch gefährden sie die Wettbewerbsfähigkeit. Die Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität schränken bereits heute die Geldschöpfung der Kreditbanken ein und der Einlagenschutz schützt Bankkunden auch im Falle einer Krise wirksam und bis zu 100'000 Franken. Schliesslich ist die Zinspolitik der SNB bereits heute ein effizientes Mittel, das erlaubt die Geldschöpfung der Banken zu steuern und zudem die Preisstabilität garantiert.

Der Bundesrat empfiehlt, die Initiative abzulehnen und auch keinen indirekten Gegenvorschlag dazu vorzulegen. Zunächst ist nun aber der Nationalrat am Zug.

4. Nationalrat gegen die Fair-Food-Initiative

Die Initiative "Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel" will die hohen Schweizer Lebensmittelstandards schützen und fordert Standards für Importprodukte. Damit sollen Produkte aus industrieller Massenproduktion vom Schweizer Markt fern gehalten werden. Der Bund würde diese Anforderungen festlegen und sicherstellen, dass importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse diesen genügen. Dazu könnte er Einfuhrzölle anheben. Für stärker verarbeitete und zusammengesetzte Lebensmittel sowie für Futtermittel müsste er lediglich Ziele anstreben. Weiter sollen die Folgen von Transport und Lagerung für die Umwelt sowie die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert werden.

Die Initiative hat zwei wesentliche Nachteile: Sie steht im Widerspruch zu internationalem Handelsrecht und wäre wegen der aufwendigen Kontrollen kaum praktikabel. Daher lehnt die FDP die Initiative klar ab. Auch der in der Kommission diskutierte Gegenvorschlag wäre in Konflikt mit dem internationalen Handelsrecht. Im Rat fand der Vorschlag keine Gnade und wurde mit 119 zu 60 Stimmen versenkt. Die Initiative lehnte der Nationalrat mit 125 zu 37 Stimmen bei 23 Enthaltungen ab. Nun ist der Ständerat an der Reihe.

Die Fair-Food-Initiative ist das dritte innerhalb von knapp zwei Jahren eingereichte Volksbegehren zu Ernährung und Landwirtschaft. Sie wird unter anderem von den Grünen, der EVP und von Tierschutz- und Kleinbauernorganisationen unterstützt. Am letzten Sonntag hatte das Stimmvolk den Verfassungartikel zur Ernährungssicherheit deutlich angenommen. Schliesslich werden Parlament und Volk auch über die Initiative "für Ernährungssouveränität" der Bauerngewerkschaft Uniterre befinden müssen. Sie fordert, dass die einheimische bäuerliche Landwirtschaft gefördert und auf eine Versorgung mit überwiegend hiesigen Lebens- und Futtermitteln geachtet wird.

5. Une loi récente pour les jeux d'argent

Les dernières divergences en matière de réglementation des jeux d'argent ont été éliminées. Une conférence de conciliation a été nécessaire.

La mesure phare de ce projet du Conseil fédéral est le blocage des sites Internet étrangers proposant poker ou roulette. Le but est de mieux protéger les joueurs et de favoriser les exploitants légaux basés en Suisse. Il ne sera pas totalement impossible d'atteindre un site. Mais une page officielle préviendra le joueur dès qu'il arrive dans une zone illégale. Les fournisseurs de services de télécommunications seront entièrement indemnisés pour les éventuels désagréments que cela pourrait occasionner. Et si la mesure nuit à la qualité du réseau, ils pourraient renoncer à bloquer les jeux d'argent étrangers illégaux. Les casinos qui veulent mettre à disposition de leurs clients des jeux en ligne pourront le faire en demandant l'extension de leur concession. Seuls ceux remplissant les conditions pour obtenir une concession de type A, soit les grands casinos, pourront toutefois offrir des e-casinos.

Le taux de taxation des casinos de montagne, comme ceux de Davos et St-Moritz (GR), sera réduit d'un tiers au maximum. Ces derniers pourront également fermer leurs jeux de table hors saison.

La nouvelle loi veut aussi renforcer la lutte contre la dépendance. Elle impose aux cantons de mettre en place des mesures supplémentaires. Mais le Parlement n'a pas voulu de financement additionnel pour ce volet et a biffé toutes les mesures de prévention de la loi.

Les Chambres ont toutefois décidé que les loteries exploitées de manière automatisée devraient disposer d'un contrôle d'accès afin d'empêcher les mineurs d'y jouer.

Le Conseil fédéral aurait voulu profiter de la nouvelle loi sur les jeux d'argent pour exonérer les gains des loteries et des paris professionnels, au même titre que le sont actuellement ceux provenant de jeux de casino. Il voulait mieux lutter contre la concurrence étrangère, qui défiscalise déjà ces bénéficiaires, et espérait ainsi empêcher les joueurs d'aller à l'étranger. Cette décision, soutenue par les cantons, aurait entraîné un manque à gagner de 120 millions de francs par an.

Les mesures phares décidées dans le cadre de cette session sont l'imposition des gains supérieurs à 1 million CHF, la non-limitation des salaires des membres de la direction des loteries au salaire d'un Conseiller fédéral et la détermination du nombre de joueurs des petits tournois de poker. Plusieurs organisations ont d'ores et déjà annoncé leur volonté de lancer un référendum.

6. Mise en œuvre de l'initiative populaire contre les pédophiles

Le Conseil des Etats a adopté un concept d'application de l'initiative de la Marche blanche contre les pédophiles, qui laisse toutefois une marge de manœuvre aux juges. L'initiative a été adoptée en 2014 par 63,5% des Suisses et précise que quiconque est condamné pour avoir porté atteinte à l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante est définitivement privé du droit d'exercer une activité professionnelle ou bénévole en contact avec des mineurs ou des personnes dépendantes.

La loi d'application a donné beaucoup de fil à retordre aux autorités. Le Conseil fédéral a durci sa copie au fil du temps. Pas question toutefois de ne pas prévoir d'exception à l'interdiction à vie car cela contreviendrait aux principes fondamentaux de l'Etat de droit comme celui de proportionnalité. Une partie des sénateurs auraient préféré laisser les tribunaux trancher directement. Par 35 voix contre 7, le conseil a rejeté cette option et décidé de prévoir une loi d'application la plus précise possible. Il n'en a pas moins revu le concept présenté par le gouvernement.

La loi ne distinguera que deux types d'interdictions, l'une concerne les activités avec des mineurs de moins de 16 ans et l'autre vise à protéger les adultes. Il risque cependant d'y avoir une lacune pour les victimes entre 16 et 18 ans. Le juge qui condamne un adulte ayant commis une infraction sexuelle contre un mineur ou un adulte à protéger devra lui interdire à vie toute activité professionnelle ou bénévole organisée avec ces catégories de personnes.

La sanction s'appliquera indépendamment de la peine et pour un catalogue de délits définis. Les sénateurs ont retiré de la liste l'exhibitionnisme et les désagréments causés par la confrontation à un acte sexuel. Pour les amours adolescentes, le Conseil des Etats a prévu une disposition ad hoc. Pas question de déroger à la règle si l'auteur a été condamné pour traite d'êtres humains, contrainte sexuelle, viol, actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance ou encouragement à la prostitution. Le juge n'aura pas davantage de marge de manœuvre s'il s'agit d'un pédophile au sens psychiatrique du terme. Le Conseil des Etats a décidé de durcir le ton concernant le réexamen d'une interdiction à vie au bout d'au moins dix ans. Ce sera uniquement possible s'il s'agit d'un durcissement de peine. Les sénateurs ont en revanche refusé par 23 voix contre 17 d'ôter à un procureur la compétence de renoncer à prononcer une interdiction à vie.

Comme c'est déjà le cas, le respect de l'interdiction sera contrôlé au moyen d'extraits du casier judiciaire (en particulier le nouvel extrait spécial destiné aux particuliers) et d'une assistance de probation qui surveillera l'auteur de l'infraction.

7. Nationalrat erteilt RASA eine deutliche Absage

Der Nationalrat hat am Dienstag der zweiten Sessionswoche über die Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse“ beraten. Die RASA-Initiative wurde als Reaktion auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative lanciert und will den Zuwanderungsartikel 121a wieder aus der Bundesverfassung zu streichen. Ziel der Initianten ist der Erhalt des bilateralen Weges, der wegen der Unvereinbarkeit der Masseneinwanderungsinitiative mit den bilateralen Verträgen gefährdet war.

Die Masseneinwanderungsinitiative wurde im Winter 2016 mit einem Inländervorrang umgesetzt. Federführend bei dieser Umsetzung, die im Einklang mit den bilateralen Verträgen steht, war die FDP. Die FDP-Fraktion liess sich stets vom Ziel leiten, die für die Schweiz enorm wichtigen Bilateralen zu sichern. Dieses Ziel wurde erreicht und das Verhältnis zur EU hat sich seither merklich entspannt – beredtes Zeichen dafür ist etwa die Aktualisierung des Abkommens über technische Handelshemmnisse.

Die MEI-Umsetzung erfüllt damit alle Ziele der RASA-Initianten. Aus diesem Grund ist die Initiative nicht mehr notwendig. Die RASA-Initiative steht heute quer in der Landschaft. Entsprechend deutlich mit 125 zu 17 Stimmen bei 50 Enthaltungen lehnte der Nationalrat die Initiative ab. Die Initianten sind aufgefordert, ihre Initiative endlich zurückzuziehen, um weiteres Ungemach zu verhindern. Ihre Initiative ist eine demokratiepolitische Zwängerei und ein Nein an der Urne würde nur zu widersprüchlichen Interpretationen führen.

Gescheitert sind auch verschiedene Gegenvorschläge. Die links-grüne Seite, die GLP und die SVP versuchten mittels Gegenvorschlag eigene Anliegen unterzubringen. Von den drei Gegenvorschlägen vermochte indes keiner die FDP-Fraktion zu überzeugen. Während der Vorschlag der Minderheit I zusätzliche flankierende Massnahmen forderte, verlangte Minderheit III die Kündigung des FZA (was die Kündigung der Bilateralen zur Folge hätte). Beide Vorschläge sind für die FDP inakzeptabel. Der Minderheiten-vorschlag II (GLP) brächte immerhin keinen Schaden, aber auch keinen Nutzen – und wurde vom Nationalrat ebenfalls abgelehnt.

Die RASA-Initiative geht nun in den Ständerat.

8. Ja zu Medienvielfalt, Nein zu No-Billag

Über die heutige Medienregulierung und den grössten Medienanbieter SRG gibt es innerhalb der FDP-Liberalen Fraktion unterschiedliche Ansichten. Einig ist man sich jedoch, dass in der sich stark veränderten Medienwelt sowohl die SRG wie auch die lokal-regionalen Medienanbieter einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt und dem Service public der Schweiz leisten. Grösstenteils einig ist man sich auch über die Beibehaltung der Finanzierung via Empfangsgebühren. Gerade mit Blick auf die vielen kleineren Radio- und Fernsehanbieter, die ebenfalls von diesen Gebühren profitieren, wäre die radikale Abschaffung des

Gebührenmodells falsch und würde vor allem in den Randregionen ein Medienangebot gefährden. Ein zusätzlicher Grund für die Ablehnung der FDP war der falsche Ansatz der einseitigen Regelung über die Finanzen, welche zu kurzfristig ist. Vielmehr braucht es eine klarere Definition des Inhalts und damit eine gründliche Diskussion rund um den Umfang des Service public in den Medien.

Damit die Medienvielfalt in der ganzen Schweiz auch in Zukunft gewährleistet wird, lehnte die FDP-Fraktion die Initiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (No-Billag-Initiative) im Nationalrat mit grosser Mehrheit (26:1:5) und im Ständerat einstimmig ab. Dieser Ansicht waren auch die beiden Räte und haben die Initiative in der Schlussabstimmung sehr deutlich abgelehnt. Die FDP ist weiterhin der Auffassung, dass die Finanzen dem Inhalt folgen müssen und nicht umgekehrt. Diesem Irrtum unterlag im Übrigen auch der Vorschlag für einen direkten Gegenentwurf zur Beschränkung der Empfangsgebühr für Haushalte auf 200.- Fr., der von der FDP (19:10) und dem Nationalrat (108:70:2) ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Initiative kommt entsprechend ohne Gegenvorschlag vor das Volk.

9. Vereinigte Bundesversammlung (vbv)

Bundespatentgericht: Für die Amtszeit von 2018 bis 2023 wurden von der Vereinigten Bundesversammlung (vbv) alle Richter und Richterinnen (wieder-)gewählt.

Tobias Bremi (FDP) wurde als hauptamtlicher Richter wiedergewählt. Bestätigt wurden zudem die nebenamtlichen Richterinnen und Richter mit juristischer oder technischer Ausbildung.

Neue nebenamtliche Richter sind Lara Dorigo Slongo, Andri Hess und Stefan Kohler (alle mit juristischer Ausbildung) sowie Lorenzo Parrini und Michael Andreas Störzbach (beide mit technischer Ausbildung).

Bundesstrafgericht: Das Präsidium des Bundesstrafgerichts in Bellinzona wurde für die Jahre 2018 und 2019 neu besetzt: Tito Ponti (FDP) ist neuer Präsident; Vizepräsident in den kommenden zwei Jahren ist Giuseppe Muschietti (FDP). Beide wurden mit allen gültigen Stimmen gewählt.

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA): Die vbv wählte für den Rest der Amtsdauer 2015 – 2018 die Tessiner Anwältin Tamara Erez als Nachfolgerin für François A. Bernath, der Ende September zurücktrat.

10. Geschäfte beider Räte

Kontrolluntersuchungen im Strassenverkehr: Das Parlament will Autofahrer erst ab 75 Jahren zur regelmässigen medizinischen Kontrolluntersuchung schicken. Dieser Gesetzesänderung haben beide Räte in der Schlussabstimmung deutlich zugestimmt. Heute liegt die Altersgrenze bei 70 Jahren. Seniorinnen und Senioren werden heute gesünder älter und die Unfallrate dieser Altersgruppe ist tief. Es ist darum auch für die FDP einleuchtend, dass man heute mit höherem Alter eher noch fahrtauglich ist. Dieser gesellschaftlichen Entwicklung soll nun Rechnung getragen werden. Die Heraufsetzung des Kontrollalters ist richtig, weil sie die technologische Entwicklung bei den Fahrzeugen (Routenführung, Fahrassistenz etc.) anerkennt und der älteren Bevölkerung mehr Mobilität ermöglicht. Das Inkrafttreten wird im Lauf des nächsten Jahres erwartet.

Ausbau der Stromnetze: Das Geschäft hat zum Ziel die Schweizer Stromnetze durch den geeigneten regulatorischen Rahmen möglichst rasch den zunehmenden Herausforderungen anzupassen. Bei diesen gesetzlichen Grundlagen zum Um- und Ausbau der Stromnetze wurde keine Einigung zwischen den Räten erreicht. Im Zentrum der Differenzen zwischen den Räten steht die Frage, ob die einheimische Wasserkraft zusätzlich gefördert werden soll – ein in dem Sinne artfremdes Geschäft in dieser Vorlage. Der Ständerat will aber trotzdem an seiner Strategie festgehalten: Haushalte und KMU sollen den Preis für teure einheimische Energie zahlen. Auch beim Monopol für das Messwesen hat der Ständerat die Interessen der Netzbetreiber über jene der Konsumenten gestellt. Obwohl der Nationalrat dem Ständerat in vielen Punkten entgegen gekommen ist, will die vorberatende Kommission des Ständerates sich noch

einmal mehr Zeit für eine Kompromisslösung nehmen. Das Geschäft wird also erst in der Wintersession bereinigt.

11. Geschäfte des Nationalrats

Buchungsplattformen: Hotels sollen auf ihrer Webseite günstigere Tarife offerieren dürfen als auf Online-Buchungsplattformen. Der Nationalrat hat am Montag eine Motion aus dem Ständerat angenommen, die das verlangt. Damit wird der Bundesrat beauftragt, enge Preisparitätsklauseln in Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotels zu verbieten. In solchen Klauseln verpflichten sich die Hotels, auf ihrer eigenen Internetseite den auf Buchungsplattformen aufgeführten Zimmerpreis nicht zu unterbieten. Der Nationalrat nahm die Motion von Ständerat Pirmin Bischof (CVP/SO) mit 120 zu 52 Stimmen bei 10 Enthaltungen an.

Bankkundengeheimnis: Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat die Initiative "Ja zum Schutz der Privatsphäre" und den Gegenvorschlag auf Eis gelegt. Zuvor will sie die Behandlung einer Motion der Ständeratskommission abwarten. Diese fordert den Verzicht auf eine Revision des Steuerstrafrechts. Damit soll das Anliegen der Initianten teilweise erfüllt werden. Zur Motion muss nun zunächst der Ständerat Stellung nehmen. Diese sowie Initiative und Gegenvorschlag sollen in der Wintersession behandelt werden.

Steuern: Der Nationalrat will am System der direkten Besteuerung nichts ändern. Er gab einer Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft nicht Folge, die eine einfachere Steuererklärung und eine einfachere Überprüfung der Angaben in Steuererklärungen verlangt. Die FDP hatte diese Initiative im Rat unterstützt, da die Vereinfachung des Steuersystems ein langjähriges Ziel der Partei ist. Da bereits der Ständerat die Initiative abgelehnt hat, ist diese nun vom Tisch.

Immobilien: Die Immobilienbotschaft 2017 enthält insgesamt Kredite im Umfang von 642 Millionen Franken. Für die Einrichtung und Planung von Bundesasylzentren beantragt der Bundesrat dem Parlament 238 Millionen Franken. Die SVP wollte die Kredite für die Asylzentren an den Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag, minimale Gebäudestandards anzuwenden und die Kosten um mindestens einen Fünftel zu senken. Mit weiteren Anträgen beantragte sie Kürzungen. Der Nationalrat lehnte aber sämtliche SVP-Anträge ab und hiess die Immobilienbotschaft mit 127 zu 63 Stimmen gut. Die Befürworter erinnerten daran, dass sich das Stimmvolk für die Asylreform mit Bundesasylzentren ausgesprochen habe. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Entwicklungshilfe: 2011 hatte das Parlament beschlossen, die Mittel für die Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu fixieren. Dieses Ziel wurde in der Zwischenzeit mehrmals unter- und überschritten. Zudem ist es unüblich die Budgethoheit des Parlaments durch eine fixe Quote einzuschränken. Daher wollte die Finanzkommission des Nationalrats davon abrücken: Der Bundesrat sollte sich nicht länger an einer Quote, sondern am Zustand der Bundesfinanzen orientieren, forderte sie. Der Nationalrat lehnte die Motion aber mit 101 zu 86 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

Entretien de l'enfant : le Conseil national a approuvé, par 118 voix contre 60, une motion de Laurent Wehrli (PLR/VD) qui demande de supprimer l'inégalité de traitement entre les parents de jeunes en formation et ceux de jeunes qui ne sont pas en formation. Actuellement, en cas d'indigence de jeunes entre 18 ans et 25 ans, l'obligation d'entretien par leurs parents ne concerne que les jeunes en formation. Le texte vise à l'étendre à tous les jeunes, ce qui déchargerait l'aide sociale. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Kinderschutz: Gemeinden sollen bei Massnahmen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) kein Beschwerderecht erhalten. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion und eine Standesinitiative des Kantons Schaffhausen mit dieser Forderung abgelehnt. Die Kommission warnte davor, ein Beschwerderecht gesetzlich zu verankern. Dadurch könnten finanzielle Interessen der Gemeinden in die KESB-Entscheidung hineinspielen. Mit dem Entscheid ist die parlamentarische Initiative vom Tisch, die Standesinitiative geht nun an den Ständerat.

Strafrecht: Straftaten, auf denen lebenslängliche Freiheitsstrafen stehen, sollen weiterhin nach 30 Jahren verjähren. Der Nationalrat hat eine Motion, die für schwerste Delikte eine Unverjährbarkeit forderte, mit 117 zu 67 Stimmen abgelehnt.

Tribunal Fédéral : il a tacitement accepté une motion de sa commission chargeant le gouvernement de soumettre au Parlement un message sur la révision de la loi sur le Tribunal fédéral. Elle vise à décharger l'instance des cas de moindre importance. Plus d'un an s'est écoulé depuis la fin de la mise en consultation du projet du Département de justice et police. Or le nombre de recours au TF est en forte augmentation, a plaidé la majorité qui souhaite un message "au plus vite". La Chambre des cantons doit se prononcer.

Jeunesse + Sport : par 133 voix contre 37, le Conseil national a adopté une motion qui demande la levée du moratoire sur l'intégration de nouvelles disciplines sportives dans le programme Jeunesse + Sport. Cette mesure avait été prise pour préserver les finances fédérales. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Elektronische Identität: Der Nationalrat will, dass die Gesetzgebung für elektronische Ausweise Priorität erhält, damit die elektronische Identifizierung möglichst rasch flächendeckend und vielseitig eingesetzt werden kann. Er unterstützte oppositionslos eine Motion der FDP-Fraktion. Damit das Projekt für die elektronische Identifizierung (E-ID) Priorität erhalten könne, sei eine sichere Finanzierung von Vorleistungen der Verwaltung nötig, schrieb die FDP. Erfahrungswerte zeigten, dass mit einer E-ID bis zu zwei Prozent des BIP eingespart werden könnten, sagte Marcel Dobler (FDP/SG). Der Bundesrat war mit der Motion einverstanden.

Freihandelsabkommen: Das Parlament hat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Georgien genehmigt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat seine Zustimmung gegeben. Nichts wissen wollte er aber von einer „Carte blanche“ bei Standard-Freihandelsabkommen. Der Bundesrat hatte beantragt, künftig vergleichbare Abkommen nicht mehr dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Nachdem bereits der Ständerat die umstrittene Passage aus dem Beschluss strich, zog Wirtschaftsminister Johann Schneider-Amman im Nationalrat den Antrag zurück und kündigte einen neuen Vorschlag an.

Schengen-Aussengrenze: Die Schweiz soll sich am verstärkten Schutz der EU-Aussengrenzen beteiligen. Der Nationalrat hat am Donnerstag der Übernahme von Schengen-Recht zugestimmt. Er beschloss aber, die Ausgaben zu limitieren: Die Schweizer Beteiligung soll im Jahr höchstens 12 Millionen Franken kosten. Das beschloss der Rat mit 91 zu 85 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die FDP heisst diese Schengen-Weiterentwicklung gut, fordert aber, dass durch die Schweizer Beteiligung an der Soforteinsatztruppe an der EU-Aussengrenze keine personellen Engpässe im GWK resultieren dürfen. Gegen eine weitere Beteiligung der Schweiz an der Grenzschutzagentur Frontex stellten sich die Grünen. Für sie ist ein Ausbau der "Festung Europa" der falsche Ansatz. Die SVP wiederum wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag, das Hauptziel in der Botschaft klar festzuhalten. Dieses müsse sein, illegale Grenzübertritte bereits an der Schengen-Aussengrenze zu verhindern.

Sicherheitspolitischer Bericht: Der Nationalrat will den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrats stärker auf militärische Fragen fokussieren. Er hat eine Motion angenommen mit der Forderung, die Verantwortung für den Bericht dem Verteidigungsdepartement VBS zu übergeben. Behandelt werden sollen nur noch sicherheitsrelevante Veränderungen im Bereich des VBS, und zwar auf maximal 20 Seiten und im Abstand von etwa zwei Jahren. Abweichende Meinungen anderer Departemente sollen separat ausgewiesen werden. Nach Ansicht des Bundesrats verstösst das gegen das Kollegialitätsprinzip. Zudem handle es sich bei dem Bericht um ein politisches Grundlagendokument, in das alle Akteure einbezogen werden müssten, sagte Bundeskanzler Walter Thurnherr. Die Motion geht nun an den Ständerat.

„Shared Content“ der SRG: Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrates verlangt mit der Unterstützung der FDP, dass private Schweizer Medien ausgestrahlte Beiträge der SRG übernehmen dürfen. Diese soll dazu auch Kurzversionen und einzelne Originaltöne anbieten müssen.

Damit soll erreicht werden, dass gebührenfinanzierte Inhalte eine möglichst breite Öffentlichkeit erreichen. Mit einem zweiten Vorstoss fordert die vorberatende Kommission und die FDP vom Bundesrat die Überprüfung, wie der Service-public-Auftrag mit weniger Radio- und Fernsehsendern erfüllt werden kann. Beide Anliegen wurden vom Nationalrat und der FDP deutlich angenommen.

Energie- und Klimapolitik der FDP: Die FDP hat in der Herbstsession 2016 beschlossen, drei Fraktionsvorstösse für die Zukunft der Energie- und Klimapolitik einzureichen. Diese Vorstösse wurden nun im Nationalrat behandelt und sehr knapp abgelehnt. Der Nationalrat will entsprechend den Bundesrat nicht damit beauftragen, die Ideen der FDP in ein neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion der Schweiz einfließen zu lassen. So sollte das Modell eine hohe Versorgungssicherheit mit definiertem Eigenversorgungsgrad garantieren und mit einem vollständig geöffneten Strommarkt kompatibel sein. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mit flexiblen inländischen und ausländischen Reduktionsquoten oder Zwischenzielen. Eine weitere Motion, die die teilweise Zweckbindung der CO₂-Abgabe für das Gebäudeprogramm aufheben wollte, scheiterte leider ebenfalls äusserst knapp. Die FDP wird diese Forderungen jedoch weiterhin parlamentarisch einbringen, so z.B. spätestens bei der Beratung der Totalrevision des CO₂-Gesetzes.

12. Geschäfte des Ständerats

Zoll: Die Eidgenössische Zollverwaltung kann ihre Prozesse modernisieren. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Gesamtkredit von 393 Millionen Franken für das Informatikprojekt DaziT gutgeheissen und die erste Tranche freigegeben. Die kleine Kammer hiess den Bundesbeschluss oppositionslos gut. DaziT soll den Zoll ins digitale Zeitalter überführen und die Wirtschaft entlasten, da die Kosten für die Zollverfahren gesenkt werden können. Künftig sollen Kunden ihre Verpflichtungen über ein Internet-Portal rund um die Uhr und von jedem Ort aus erfüllen können. Das soll auch Reisenden dienen: Waren können so schon vor der Einreise beim Zoll angemeldet werden, was den Grenzübertritt beschleunigt.

Stempelabgaben: Italienische Treuhandgesellschaften, die der Steuersicherung dienen, sollen von der Umsatzabgabe befreit werden. Das hat der Ständerat als Zweitrat oppositionslos beschlossen. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Das Ziel ist es, die Schweizer Banken wettbewerbsfähiger zu machen, vor allem jene im Kanton Tessin. Hintergrund ist eine italienische Steueramnestie. In deren Rahmen konnten in der Schweiz gehaltene Vermögenswerte legalisiert werden, wenn diese einer italienischen Treuhandgesellschaft übergeben wurden. Heute unterliegen solche Transaktionen mehrfach der Umsatzabgabe, was für Schweizer Banken ein Wettbewerbsnachteil bedeutet.

Sparpolitik: Der Bund muss nicht primär in jenen Bereichen sparen, die in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat ohne Gegenstimme abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. Die Befürworter im Nationalrat hatten argumentiert, heute müssten stets Bereiche wie die Landwirtschaft oder die Armee Sparbeiträge leisten. Die Gegner warnten davor, dass der Handlungsspielraum eingeschränkt würde. Auch der Bundesrat lehnte fixe Vorgaben ab.

Steuern: Die Steuererklärung soll nicht mehr von Hand unterzeichnet werden müssen. Der Ständerat hat eine Motion von Martin Schmid (FDP/GR) oppositionslos angenommen. Einzelne Kantone seien dazu übergegangen, auf eine Unterschrift zu verzichten - ohne ersichtliche Probleme, erklärte Schmid. Um die Vereinfachung zu legalisieren, müssten aber die gesetzlichen Vorschriften angepasst werden. Einverstanden zeigte sich auch der Bundesrat. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Bundesfinanzen: Immer mehr Ausgaben des Bundes sind stark gebunden und können deshalb nicht kurzfristig gesenkt werden, weil dazu Gesetze oder die Verfassung geändert werden müssten. Das Parlament will diese Ausgaben nun um 5 bis 10 Prozent reduzieren. Der Ständerat überwies dazu mit 27 zu 15 Stimmen eine Motion aus dem Nationalrat. Wie schon im Nationalrat kämpfte im Ständerat eine Minderheit vergeblich gegen den Vorstoss. Der Bundesrat dagegen war mit dem Anliegen einverstanden und hat seine Arbeit bereits aufgenommen.

Hörner: Die Frage, ob Hörner von Kühen und Ziegen in die Verfassung gehören, hat im Ständerat zu reden gegeben. Anlass war die Initiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere", die der Rat

mit 28 zu 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen ablehnt. Die Mehrheit argumentierte, dass das Anliegen nicht in die Verfassung gehöre und Beiträge für Tiere mit Hörnern in der Landwirtschaft kompensiert werden müssten. Die Urheber der Hornkuh-Initiative wollen erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden. In der Verfassung soll verankert werden, dass horntragende Kühe und Ziegen finanziell gefördert werden. Nun ist der Nationalrat am Zug.

Abbau Handelshemmnisse: Der Ständerat hat konkrete Massnahmen gegen die hohen Schweizer Preise beschlossen. Er nahm mehrere Vorstösse seiner Wirtschaftskommission (WAK) an mit dem Ziel, den Import von Waren zu erleichtern. Die Kommission habe festgestellt, dass gewisse Handelshemmnisse ohne Schaden aufgehoben werden könnten, erklärte Kommissionssprecher Martin Schmid (FDP/GR). Eine Motion verlangt, dass in der EU zugelassene Produkte nicht wegen der optischen Darstellung von Deklarationen umgepackt werden müssen. Eine weitere verlangt vom Bundesrat die Anerkennung der EU-Zulassung von zulassungspflichtigen Produkten.

Ausfuhrbeiträge: Der Ständerat ist einverstanden damit, die Ausfuhrbeiträge nach dem Schoggigesetz abzuschaffen. Als Ersatz sollen neue Subventionen für Milch und Brotgetreide eingeführt werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Beträge genügen dem Ständerat aber nicht. Statt mit 68 Millionen Franken pro Jahr will er die Bauern mit 95 Millionen Franken pro Jahr unterstützen. Mit den Beiträgen nach Schoggigesetz werden Schweizer Zutaten für exportierte Nahrungsmittel so weit verbilligt, dass sie international wettbewerbsfähig sind. Diese Exportsubventionen müssen abgeschafft werden, weil sie gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO verstossen.

Fondations religieuses : Les fondations religieuses reconnues de longue date en Suisse pourraient être dispensées de montrer patte blanche en matière de financement du terrorisme. Le Conseil des Etats a tacitement accepté lundi de réexaminer une motion du National réclamant plus de transparence. Le texte, déposé par Doris Fiala (PLR/ZH), charge le gouvernement de préciser clairement les critères applicables à la surveillance des fondations religieuses, en vue d'améliorer la prévention des risques. Le Conseil des Etats estime ces mesures compréhensibles mais disproportionnées : elles ne devraient pas toucher les institutions religieuses reconnues de longue date en Suisse (catholiques, protestantes ou juives). Il a donc été décidé de renvoyer le texte en commission afin qu'il soit réexaminé en ce sens.

Squat : il a accepté par 31 voix contre 13 une motion d'Olivier Feller (PLR/VD) chargeant le gouvernement de faire en sorte que les propriétaires immobiliers squattés bénéficient de deux ou trois jours pour réagir et déloger les occupants illégaux. Le Tribunal fédéral applique la loi de manière restrictive, selon le motionnaire, ce qui pose problème. Cette interprétation est fautive, a rétorqué en vain la conseillère fédérale. Il n'y a pas d'exemples qui montrent que la loi ne fonctionne pas.

Formation : Les décisions du Secrétariat d'Etat à la formation, la recherche et l'innovation (SEFRI) portant sur la classification d'un diplôme dans le cadre national des certifications ne pourront pas faire l'objet d'un recours. Le Conseil des Etats a enterré jeudi une motion que le National avait approuvée. Une classification n'étant pas une décision, elle vient simplement compléter les règles concernant les diplômes de la formation professionnelle : un droit de recours contreviendrait à la législation fédérale, qui prévoit ce droit uniquement pour les décisions et non pour les actes normatifs.

Erasmus : La Suisse devrait pleinement réintégrer le programme européen d'échange d'étudiants Erasmus+ en 2021. Le Conseil des Etats a soutenu jeudi, par 38 voix et 3 abstentions, la solution transitoire du Conseil fédéral, mais il souhaite que les négociations reprennent vite. Le Conseil fédéral propose d'en rester jusqu'en 2020 à une voie nationale. Il prolonge de fait la solution transitoire mise en place en février 2014 après la suspension des négociations sur la participation de la Suisse à Erasmus+.

Cyberabwehr: Der Ständerat will ein Kompetenzzentrum für Cyber-Security schaffen. Er hat eine Motion von Joachim Eder (FDP/ZG) angenommen. Die existierende Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) leiste zwar eine gute Arbeit, habe aber nicht den Charakter eines Kompetenzzentrums. Dem Bund fehle es an Spezialisten und den Departementen an Routine. Auch die Ratsmehrheit erachtet die heutigen Ressourcen des Bundes als unzureichend. Entgegen der negativen Empfehlung des Bundesrates nahm eine deutliche Mehrheit des Ständerates die Motion an. Zudem hat der Ständerat in der militärischen Cyber-Verteidigung Handlungsbedarf geortet. SR Dittli (FDP/UR) schlägt eine Cybertruppe

aus bis zu 150 IT-Spezialisten und 400 Milizangehörigen vor. Der Rat stimmte auch dieser Motion, die im Doppelpack mit der Motion Eder eingereicht wurde, mit grosser Mehrheit zu. Für die Ausbildung soll eine Cyber-Rekrutenschule angeboten werden. Der Bundesrat zeigt sich grundsätzlich bereit, die Forderungen umzusetzen. Bedenken hat er vor allem wegen der Cyber-Rekrutenschule. Er will dem Nationalrat nun einen Änderungsvorschlag der Motion unterbreiten.

Polizei-Kooperation: Die Schweiz und Montenegro können die polizeiliche Zusammenarbeit verstärken. Der Ständerat hat als Zweitrat oppositionslos ein entsprechendes Abkommen mit Montenegro genehmigt. Das Abkommen gewährleistet laut dem Bundesrat einen besseren Informationsaustausch, verstärkt die Zusammenarbeit über Interpol, ermöglicht gemeinsame Analysen und fördert Treffen zwischen den Polizeibehörden beider Länder.

Armeebotschaft: Der Ständerat unterstützt wie der Nationalrat alle vom Bundesrat beantragten Beschaffungen für die Armee. Er genehmigte am Montag für Rüstungseinkäufe, Material und Immobilien rund 2,1 Milliarden Franken. Erstmals legte der Bundesrat mit der Armeebotschaft das Rüstungsprogramm (900 Millionen Franken), die Rahmenkredite für Armeematerial (750 Millionen Franken) und das Immobilienprogramm des Verteidigungsdepartements (461 Millionen Franken) zusammen vor. Beide Räte haben die drei Teilvorlagen ohne Abstriche genehmigt. Der Ständerat lehnte einen Antrag der Linken ab, Munitionsbeschaffungen aus dem Rüstungsprogramm zu streichen.

Schliessung von SBB-Drittverkaufsstellen: Entgegen der ursprünglichen Position der FDP im Nationalrat hat nun der Ständerat ebenfalls beschlossen, dass die SBB bei der Schliessung von Billett-Verkaufsstellen in Avec-Läden oder Migrolino-Shops ausgebremst werden soll. Der Ständerat hat sich mit 28 zu 17 Stimmen für das Moratorium bis 2020 ausgesprochen. Die Mehrheit des Rates war der Meinung, dass die SBB die Kundenbedürfnisse aus den Augen verliert und darum gesetzgeberisch eingegriffen werden sollte.

Alkoholausschank in Autobahnraststätten: Die Kommission für Verkehr hat u.a. auf Antrag der FDP beantragt, dass der Alkoholausschank in Autobahnraststätten zugelassen werden kann. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat als Zweitrat diese Motion mit 26 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Bundesrat muss nun eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Mit diesem Vorstoss wird eine bestehende Diskriminierung gegenüber anderen Betrieben aufgehoben und die Wettbewerbsfreiheit gewahrt.

Kooperationen der SRG: Als Reaktion auf das Joint-Venture zwischen der SRG, Swisscom und Ringier (Admeira) hat NR Hugues Hiltbold eine parlamentarische Initiative eingereicht. Ziel war es, dass die SRG mit privaten Medien kooperiert, dabei aber keine anderen Anbieter diskriminiert. Nachdem die nationalrätliche Kommission diesem Vorstoss Folge gab, hat die Kommission des Ständerates nun beschlossen, den Inhalt des Vorstosses Hiltbold in eine Kommissionsmotion umzugestalten. Zudem soll die Lösung der Problematik in die Beratung des Mediengesetzes miteinfließen. Dieser Kommissionsvorstoss auf Antrag von SR Josef Dittli wurde im Ständerat erfreulicherweise mit 21 zu 15 Stimmen angenommen. Es liegt nun am Nationalrat das weitere Vorgehen zu bestimmen.

13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 10 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession 2017 abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen folgende Vorlagen:

- › mit 129 zu 33 Stimmen bei 32 Enthaltungen (Nationalrat) und 40 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren", mit dem das Parlament die No-Billag-Initiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 124 zu 61 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 43 zu 1 Stimmen das neue Geldspielgesetz, das Schweizer Casinos erlaubt, Geldspiele im Internet anzubieten, und die Sperrung des Zugangs zu ausländischen Online-Geldspielen ermöglicht;

- › mit 140 zu 49 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 32 zu 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes, dank der Autofahrer erst ab 75 Jahren zur regelmässigen medizinischen Kontrolluntersuchung müssen;
- › mit 194 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der geregelt wird, welcher Kanton die ungedeckten Kosten übernehmen muss, wenn ein Patient in ein Pflegeheim in einem anderen Kanton eintritt;
- › mit 190 zu 3 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen eine Änderung des Zivilgesetzbuches, die gewährleistet, dass niemand gegen seinen Willen eine Beistandschaft übernehmen muss;
- › mit zu 193 Stimmen zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung der Medicrime-Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Handels mit gefälschten Medikamenten;
- › mit 156 zu 0 Stimmen bei 38 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Georgien;
- › mit 194 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Polizeiabkommens zwischen der Schweiz und Montenegro;
- › mit 194 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen eine Änderung des Gesetzes über die Stempelabgaben, mit der italienische Treuhandgesellschaften, die der Steuersicherung dienen, von der Umsatzabgabe befreit werden;
- › mit 194 zu 0 Stimmen eine Änderung des Geschäftsreglements des Nationalrates, die dazu führt, dass bei der Behandlung des Geschäftsberichts des Bundesrates nicht mehr alle Mitglieder des Bundesrates anwesend sein müssen.

Die No-Billag-Initiative kommt direkt vors Volk. Die anderen Vorlagen mit Ausnahme des Geschäftsreglements unterliegen dem fakultativen Referendum.